

Vorwort

Aus der Ferne wird manches offensichtlicher. Deshalb fühle ich mich in China auch gut aufgehoben, wenn ich etwas über Deutschland lernen will. Die Art, wie die Deutschen auf China reagieren, sagt viel aus über die aufsteigende Weltmacht, mit der wir uns immer öfter beschäftigen müssen. Sie verrät aber auch mehr über uns selbst, als manchem lieb sein dürfte: Die Deutschen neigen zu Übertreibungen. In globalen Krisenzeiten mehr denn je. Das ist nicht ungefährlich. Denn Deutschland lebt vom Export wie keine andere Industrienation. Deshalb ist es entscheidend, die globalen Veränderungen, die der chinesische Aufstieg mit sich bringt, realistisch einzuschätzen. Davon sind wir indes weit entfernt. China sei »furchterregend mächtig«, konstatierte beispielsweise ein deutscher Zeitungskommentator im Frühjahr 2011.¹ In keinem anderen europäischen Land sehen die Menschen China so negativ wie in Deutschland. Das fand ein amerikanisches Forschungsinstitut im Juli 2011 bei einer Umfrage heraus.² In Frankreich, England und Spanien dagegen hat die Mehrheit der Befragten sogar ein positives Bild von China – selbst in den USA, die unter Chinas Aufstieg am meisten leiden. Weltweit haben nur noch die Türken und die Japaner ein schlechteres Bild von den Chinesen.

In den 17 Jahren, in denen ich in China lebe, hat die Sichtweise der Deutschen auf das Reich der Mitte eine

erstaunliche Entwicklung durchgemacht. Erst wurde es für seine Rückständigkeit und sein politisches System belächelt und bemitleidet. Dann wurde es für sein Wirtschaftswachstum bewundert und für seine Menschenrechtsverletzungen kritisiert. Inzwischen wird es vor allem gefürchtet. Die Reaktionen auf China werden harscher. Beschäftigte in Deutschland sorgen sich um ihre Arbeitsplätze, die nach China verlagert werden könnten. Autofahrer fürchten den Rohstoffhunger der Chinesen, wenn an der Tankstelle die Benzinpreise klettern. Studenten und Azubis spüren die Konkurrenz aus Asien beim Einstieg ins Berufsleben. Mittelständler fürchten die preiswertere chinesische Konkurrenz. Deutschen Vorständen sind die mächtigen chinesischen Staatsbetriebe zuwider, die mit harten Bandagen spielen. Deutsche Politiker starren wie gelähmt auf die wachsenden Geldreserven der Chinesen, während sie selbst immer mehr Schulden anhäufen. Mit Unbehagen bemerken sie, dass die neue Weltmacht des 21. Jahrhunderts noch immer eine Diktatur ist. Produktpiraten, Cyber-Angreifer, Menschenrechtsverletzer, Rohstoffvergeuder, Neokolonialisten und Umweltverschmutzer. Das sind alles Attribute, die in Deutschland gerne verwendet werden, wenn es um China geht. Positive gibt es sehr viel weniger. Die meisten Chinesen hingegen bewundern Deutschland. Als ich neulich mit Madame Fu Ying, der für Europa zuständigen Vizeaußenministerin, einen Tee trank, erzählte sie mir, dass sie die große Ausstellung in Peking über die Zeit der deutschen Aufklärung besucht habe. Als sie an den Exponaten vorbeiging, sei ihr noch einmal deutlich geworden, durch welche »Höhen und Tiefen Deutschland gehen musste, und was dies an Unruhen, Kriegen und Kolonisierung für andere Teile der Welt bedeutet« habe. Aber »mit Gewissenhaftigkeit, Klugheit und Fleiß hat Deutschland diese schwierigen Zeiten hinter sich gelassen und dieses hohe Niveau an De-

mokratie und Wohlstand erreicht«. Madame Fu wunderte sich darüber, warum sich die Deutschen so schwer tun, »China, dem Spätentwickler unter den Nationen« ähnliche Entwicklungsspielräume zuzugestehen. »Wir rauschen in wenigen Jahrzehnten durch Entwicklungen, für die andere Länder sich Jahrhunderte Zeit lassen konnten«, sagte sie nachdenklich. Chinas Führung versuche, das Tempo ohne große Einbrüche zu halten und dabei internationale Konflikte und inländische Turbulenzen zu vermeiden.

»Nach dreißig Jahren erfolgreicher Reformen und der Öffnung des Landes sind Stabilität und Wohlstand endlich nach China zurückgekehrt«, fuhr sie fort. »Darauf bin ich stolz, denn das war nicht einfach.« Dass noch viel zu tun ist, bestreitet sie nicht. »Wir sind noch nicht am Ziel«, sagte Madame Fu, die vorzüglich Englisch spricht. »Wir haben unsere Reformen erst zur Hälfte umgesetzt. Ein langer Weg liegt noch vor uns.«

Viele Deutsche jedoch neiden den Chinesen ihren Erfolg. Die Alten erinnern sich an ihre Schulzeit, als man noch von der »Gelben Gefahr« sprach. Sie fühlen sich nun bestätigt. Die *Bild*-Zeitung fürchtete im Sommer 2011 gar eine »China-Invasion«. In einer großen Serie berichtete das Blatt, »wie die größte Wirtschaftsmacht der Welt Europa aufrollt«. Bei *Bild* schert man sich schon nicht mehr um die Kleinigkeit, dass die amerikanische Wirtschaft noch drei Mal so groß ist wie die chinesische. Das zeigt nur umso mehr: Die »Angst vor China« hat den deutschen Alltag erreicht. Diese Angst kann lähmen. Und schlimmer noch, zu Kurzschlussreaktionen führen.

Deshalb ist es besonders wichtig, eines zu betonen: China ist kein Feind, der immer mächtiger wird und uns schließlich überrollt. Das Reich der Mitte ist allenfalls ein Wettbewerber, dem wir uns stellen müssen, wenngleich er zuweilen unerbittlich ist. Vor allem aber ist das Land ein

Partner. Wir müssen versuchen, diese Partnerschaft auszubauen. Dabei sollten wir uns nicht ins Bockshorn jagen lassen: Wir müssen weiterhin von den Werten überzeugt bleiben, die wir geschaffen haben, und auch nach diesen Werten leben. Dennoch sollten wir der Versuchung widerstehen, den Chinesen unsere Überzeugungen aufzuzwingen. Vielmehr sollten wir uns den neuen Gegebenheiten stellen – auch selbstkritisch – und uns auf das Wesentliche konzentrieren. Nur dann wird es uns gelingen, das Neue und Überraschende dieses globalen Wandels so umfassend und nüchtern wie möglich zu erfassen. Darum dreht sich dieses Buch. Ich will versuchen, die üblichen Sichtweisen aufzubrechen, starre Denkgewohnheiten zu hinterfragen und die Welt möglichst schon heute aus der Perspektive künftiger Generationen zu erfassen.

Chinas Weg zur Weltmacht hat tiefgreifendere Folgen für die Weltordnung als der Aufstieg Amerikas vor über hundert Jahren. Spätestens seit Mitte der neunziger Jahre ist das Land die Fabrik der Welt und der attraktivste Wachstumsmarkt für westliche Hightech-Produkte, aber auch für Luxusgüter. Deshalb wächst die chinesische Wirtschaft mit einer Geschwindigkeit, die bisher niemand für möglich gehalten hat und die den einstigen Boom der USA um ein Vielfaches übersteigt. Um die Wirtschaftskraft zu erlangen, die China von 1970 bis heute aufgebaut hat, brauchte Amerika 160 Jahre. Auch kulturell unterscheidet sich Chinas Aufstieg. Als die USA 1890 England als Wirtschaftsweltmacht ablösten, war die kulturelle Schnittmenge zwischen dem Aufsteiger und dem Absteiger sehr groß, auch wenn Amerikaner und Engländer heute gern das Gegenteil betonen. China hingegen hat andere Vorstellungen vom Zusammenleben der Menschen als der Westen. Und, ob wir wollen oder nicht, ein Teil dieser chinesischen Werte wird sich auf kurz oder lang

global durchsetzen. Auch wir werden also Kompromisse machen müssen. Umfassende Kompromisse. Die Wahrscheinlichkeit ist hoch, dass wir uns in Zukunft bei unserer Selbstverwirklichung zugunsten der Interessen der globalen Gemeinschaft einschränken müssen.

Das liegt in erster Linie an der globalen Ressourcenlage. Im Gegensatz zu den Zeiten des amerikanischen Aufstiegs am Anfang des vergangenen Jahrhunderts sind Ressourcen und Bodenschätze weltweit viel knapper geworden. Inzwischen ist offensichtlich: Wenn wir so weitermachen, wird es nicht für alle reichen. Und weil es nicht für alle reicht, werden auch wir in Deutschland unseren Lebenswandel ändern müssen, damit sich der Lebensstandard der Chinesen dem unsrigen angleichen kann. Denn darum geht es schließlich allen aufstrebenden Ländern.

Es macht unsere Lage nicht einfacher, dass wir uns im Westen immer höher verschulden, Krise an Krise reihen und dabei immer neue Fehler machen, die unseren Spielraum am Ende verkleinern. Immerhin ist Deutschland unter den westlichen Industrienationen noch der Muster Schüler. Die Arbeitslosigkeit sinkt, das Wachstum unserer Wirtschaft ist vergleichsweise hoch, ebenso die Lebensqualität. Der deutsche Sozialstaat gehört zu den fürsorglichsten der Welt. Das deutsche Modell der Kurzarbeit hat sich in der vergangenen Krise bewährt, den Unternehmen geht es gut. Doch auch wir leben auf Kosten unserer Kinder und Enkel. Die finanziellen Belastungen des Staates steigen schneller als die Steuereinnahmen. Viele deutsche Kommunen stehen vor der Zahlungsunfähigkeit. Selbst im Boomjahr 2010 machte Deutschland bei einem ungewöhnlich hohen Wachstum von 3,6 Prozent noch knapp 90 Milliarden Euro neue Schulden. Wie hoch werden die Schulden erst in »normalen« Jahren sein, zumal wenn dann noch die Lasten der EU-Krise obendrauf kommen?

Immer mehr Menschen müssen, obwohl sie einer Ar-

beit nachgehen, staatliche Unterstützung beantragen, weil sie sonst nicht über die Runden kommen. 2010 sank die Zahl der Arbeitslosen auf unter drei Millionen, während die der sogenannten Aufstocker auf fast 1,4 Millionen stieg.³ Das sind über vier Prozent mehr als 2009 und sogar 13 Prozent mehr als 2007. Über 1,3 Millionen Menschen werden auf Staatskosten weitergebildet. Sie gelten nicht als arbeitslos und tauchen deshalb in den Statistiken nicht auf. Über acht Millionen Menschen würden gerne mehr arbeiten, doch sie finden keinen passenden Job. Die größten Zeitarbeitsfirmen beschäftigen inzwischen so viele Menschen wie BASF: rund 50 000.⁴ Mehr Stellen werden ins Ausland verlagert, als neue in Deutschland geschaffen werden. All das führt dazu, dass die Kaufkraft der Deutschen unablässig sinkt, wengleich von einem hohen Niveau. Die Kaufkraft der Chinesen steigt, von einem deutlich niedrigeren Niveau. Diese gegenläufigen Entwicklungen stehen für einen allgemeinen Trend in den Schwellenländern einerseits und den Industrienationen andererseits.

Da kann man es schon mit der Angst zu tun bekommen. Zumal alle anderen westlichen Industrienationen noch schlechter dastehen als Deutschland, und in einem Land wie England im August 2011 zahlreiche Städte von gewalttätigen Unruhen erschüttert wurden. Die Wut der Demonstranten richtete sich gegen einen Staat, der dem wirtschaftlichen Abschwung und dem Auseinanderklaffen der sozialen Schichten kaum etwas entgegenzusetzen hat. Es kann durchaus sein, dass wir uns im Westen an solche Bilder werden gewöhnen müssen.

Der Aufstieg Chinas und unsere eigenen Probleme im Westen stellen die Welt auf den Kopf. Doch wir dürfen den Untergangspessimisten nicht auf den Leim gehen. Ebensowenig dürfen wir uns von den allzu sorglosen Verfechtern der westlichen Überlegenheit blenden lassen.

Bleiben Sie also skeptisch, wenn Ihnen jemand vom weltweiten Siegeszug des westlichen Kapitalismus erzählt, der für alle genug bereithält. Der Aufstieg Chinas zeigt, dass die Marktwirtschaft so wie wir sie in den vergangenen Jahrzehnten betrieben haben, nicht mehr lange funktionieren kann. Auch wenn der globale Wettbewerb uns dazu ermuntert: Wir haben nicht genug Ressourcen, kurzlebige Konsumgüter zu produzieren und alsbald wieder wegzwerfen, nur um sie dann in noch größerer Vielfalt wieder herzustellen. Das ist eine Spirale, die sich immer enger dreht und uns schneller, als wir denken, aus der Bahn werfen wird. Von den Folgen für nachfolgende Generationen gar nicht zu reden.

Seien Sie ebenfalls skeptisch, wenn Ihnen jemand sagt, dass alle kommunistischen Systeme früher oder später zusammenbrechen. Zwar kann man eine solche Entwicklung für China nicht ausschließen – zumal auch in China Krisensymptome wie die wachsende Schere zwischen arm und reich alarmierend sind –, aber sie ist sehr unwahrscheinlich. Das Land hat bereits bewiesen, dass es sehr große Belastungen aushalten kann. Allein in den letzten Jahren musste China reale Prüfungen überstehen: Das Erdbeben von Sichuan im Mai 2008 forderte rund 68 000 Todesopfer. In Tibet und Xinjiang brachen große Aufstände aus, die seitdem immer wieder aufflammen. Gleich mehrere Jahrhundertfluten und eine noch nie dagewesene Trockenheit plagten das Land. Vom Wasser hingen in China schon immer der Wohlstand und die Stabilität des Landes ab. Wassermangel bleibt die größte Gefahr für China. Kapitel 6 »Die zynischen Kunden« zeigt, wieso auch wir mit dazu beitragen, dass sich das Problem weiter verschlimmert.

China hat die Olympischen Spiele, das größte Massenereignis der Welt, organisiert und trotz starker westlicher Kritik zum Erfolg geführt. Die schlimmste Finanz- und

Wirtschaftskrise seit den dreißiger Jahren des vergangenen Jahrhunderts rollte über China einfach hinweg, ohne bedeutende Schäden zu hinterlassen, während der Westen sich nicht davon zu erholen scheint. Hinzu kommen, noch angeheizt durch die Freiheitsbewegungen in Nordafrika, die Machtkämpfe im Zuge eines Führungswechsels, der 2012 ansteht. Es ist eine Zäsur, dass künftige Spitzenpolitiker zum ersten Mal seit dreißig Jahren nicht von einem Altvorderen lange im Voraus gekürt werden. Der Reformler Deng Xiaoping, der Ende der 1970er Jahre die Öffnungspolitik Chinas einleitete, hat die auf ihn folgenden Regierungsspitzen allesamt noch persönlich ausgesucht. Selbst den 2011 amtierenden Staatspräsidenten Hu Jintao und seinen Premierminister Wen Jiabao, die erst Jahre nach Dengs Tod die Macht übernahmen, waren seine Wunsch Kandidaten. Deng hat auch festgelegt, dass keiner länger als zehn Jahre an der Macht bleiben dürfe. Er wollte Entwicklungen wie unter Mao verhindern. Zwar stehen die Nachfolger für Präsident und Premierminister auch diesmal schon fest, doch ihre Teams sind noch nicht endgültig besetzt. Eine Belastungsprobe für die Pekinger Führung, der es bis auf ein paar Wochen im Frühjahr 1989 immer gelungen ist, die Auseinandersetzungen zwischen Tauben und Falken hinter verschlossenen Türen stattfinden zu lassen. Diese Zeit ist wohl nun vorbei, wie man in Kapitel 9 mit dem Titel »Die prinzipientreuen Pragmatiker« sehen wird.

Das ist einerseits ein großer Vorteil für das Land, da Probleme und Konfliktlinien endlich transparenter werden. Aber es ist auch ein großer Nachteil. Denn es wird nun aus drei Gründen komplizierter, das Land zu steuern. Wie im Westen suchen die Politiker mehr und mehr die Öffentlichkeit, um ihre Machtkämpfe auszutragen. Das Gute daran: Immer öfter lassen sie es zu, dass Missstände, Skandale und gescheiterte Regierungsprojekte in der

Presse kritisiert werden. Und auch das Internet ist in China ein Massenphänomen geworden. Das chinesische Pendant zu Twitter heißt Weibo und hat hunderte Millionen Nutzer. Kurze Blogs, die sich durch Zensur nur schwer eindämmen lassen, können ganze soziale Bewegungen auslösen. So geschehen nach dem Unfall eines Hochgeschwindigkeitszuges im Sommer 2011, der über vierzig Menschen das Leben kostete. Zunächst wurde offen wie nie über den Vorfall berichtet, dann wurde die Presse jedoch an die Leine gelegt. Die Bevölkerung reagierte mit Unverständnis und Unmut, den vor allem junge Leute im Netz artikulierten. Solche Pendelbewegungen werden die chinesische Politik in den nächsten Jahren charakterisieren. Der wachsende Druck der Öffentlichkeit schränkt den Spielraum der Führung ein.

Zweitens wird das Regieren auch schwieriger, weil die Interessen der ärmeren West-, Nord- und Zentralprovinzen und die der reichen östlichen und südlichen Provinzen weiter auseinanderdriften. Während die entwickelten Regionen schon auf mehr Lebensqualität setzen statt auf hemmungsloses Wachstum, wollen die ärmeren Provinzen um jeden Preis den Anschluss schaffen und auch so reich werden wie die Küstenregionen.

Und der dritte Faktor: China ist immer stärker international eingebunden. Chinesische Firmen verschiffen ihre Güter in alle Länder der Erde und kaufen Bodenschätze von Kanada über Australien bis Südafrika. Auch die politische Kooperation wird enger. Globale Fragen, wie sie in der Klima- oder der Weltfinanzpolitik aufgeworfen werden, lassen sich ohne Peking nicht mehr beantworten. Das stellt die außenpolitisch noch kaum erfahrenen chinesischen Politiker vor große Herausforderungen.

Trotz dieser Belastungen, die China in den letzten Jahren aushalten musste, und trotz des bevorstehenden grundlegenden Personalwechsels steht kein anderes einfluss-

reiches Land derzeit besser da. Das ist gut für uns. Denn China ist inzwischen unser wichtigster Wachstumsmarkt und wird Frankreich als unseren größten Handelspartner bald ablösen. Für die Entwicklung des Wohlstands in Deutschland ist China dann wichtiger als unser größter unmittelbarer Nachbar. Schon heute geht es Deutschland vor allem deshalb so gut, weil China boomt. Deutschland bezog 2010 Waren für gut 76 Milliarden Euro aus China – rund ein Drittel mehr als im Vorjahr. Die deutschen Ausfuhren wuchsen 2010 sogar um über 40 Prozent. Umso wichtiger ist es für uns Deutsche, uns mit Blick auf China keinen diffusen Ängsten hinzugeben, sondern mitzuhelfen, dass dieser radikale Umbruch der Weltordnung friedlich verläuft.

Ab 2012 werden voraussichtlich Xi Jinping als neuer Staats- und Parteichef und Li Keqiang als neuer Premierminister die Geschicke des Landes lenken. Sie verfügen über ein größeres Verständnis für den Westen als ihre Vorgänger. Li, der aus einfachen Verhältnissen stammt, ist Jurist und hat in Ökonomie promoviert. Er hat sich sehr intensiv mit westlichen Wirtschaftssystemen beschäftigt. Xi, dessen Vater an der Seite von Deng in den 1980er Jahren die Sonderwirtschaftszonen entwickelte, hat Chemie und Jura studiert. Er war Bürgermeister von Shanghai, der weltoffensten Stadt Chinas, und ist mit einer berühmten chinesischen Schlagersängerin verheiratet. Beide, Li und Xi, sprechen im Unterschied zu allen ihren Vorgängern Englisch und sind mit westlichem Gedankengut vertraut.

Wenn sie die Regierungsgeschäfte übernommen haben, kann man die politische Führung Chinas nicht länger über den kommunistischen Kamm scheren. Wir müssen uns ausführlicher und differenzierter mit den konkurrierenden Denkrichtungen beschäftigen und uns drei Mal überlegen, wie wir Ereignisse in China einschätzen. Die Gefahr, dass wir mit unüberlegten Kommentaren die Falschen

treffen und uns damit selbst schaden, ist viel größer als noch vor zehn Jahren. Das gilt für Politiker, wie für Journalisten, denen das innenpolitische Hemd näher ist als die außenpolitische Jacke, wie im Schlusskapitel dieses Buches nachzulesen ist. Eine machtpolitische Binsenweisheit tritt hier der politischen Vernunft entgegen: Je schwieriger die wirtschaftliche Lage im Westen ist, desto eher brauchen die Politiker einen Sündenbock. Am besten einen der weit weg ist und den man nicht anderntags im Berliner »Café Einstein« trifft. Doch wenn wir China nur kritisieren und seine Erfolge nicht anerkennen, dann schwächt das die Reformer im Reich der Mitte. Widersprechen Sie deshalb denjenigen, die unreflektiert behaupten, die Unterdrückung in China werde immer schlimmer. Den Hardlinern in Peking wird über kurz oder lang die Puste ausgehen. Immer wieder versuchen sie, ihr Volk zu gängeln und an die kurze Leine zu nehmen. Gegen die große Entwicklungsrichtung, die durch die Zwänge der Globalisierung vorgegeben ist, sind sie indes machtlos. Und diese Entwicklungsrichtung lautet: mehr Freiheit.

Finanziell und wirtschaftlich steht China im Sommer 2011 besser da als je zuvor. Darauf zumindest kann die Partei, die in diesem Jahr ihren neunzigsten Geburtstag feiert, stolz sein. Ein günstiger Zeitpunkt aber auch für Überlegungen, wie die Partei der Mehrheit des chinesischen Volkes noch besser dienen kann. Das ist übrigens eine Forderung, die nicht nur aus dem Westen an Peking herangetragen, sondern von Spitzenpolitikern innerhalb der Partei selbst vorgebracht wird.

Dennoch: Kein anderes Industrieland, aber auch kein anderes Schwellenland prosperiert mehr und ist gleichzeitig so stabil. Darum geht es in Kapitel 8 »Die boomenden Blasen«. Der Wohlstand der Menschen steigt, die wirtschaftlichen Probleme erscheinen im Unterschied zum Westen lösbar. Der Immobilienmarkt ist zwar überhitzt,

doch die Blase ist viel kleiner, als viele fürchten. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass sie platzt. Die Banken sind belastbarer als im Westen, der Staat ist solvent. Chinas Politiker handeln besonnen und vorausschauend. Die Inflation, ein globales Phänomen in Folge der Finanzkrise, ist mit 6,5 Prozent hoch, aber beherrschbar. Sie ist deutlich niedriger, als in Russland, Indien oder Brasilien. Vor allem aber haben die Wirtschaftskrisen der letzten Jahre China im Verhältnis zu den USA noch mächtiger werden lassen. Das Kapitel zeigt, wie sehr China mit seinen Dollar-Reserven Washington heute schon unter Druck setzen kann. Und warum Deutschland und Europa aufpassen sollten, dass sie nicht in eine ähnliche Abhängigkeit geraten. Natürlich gibt es auch Verlierer – wie die Familie von Kris Kender aus Ohio, von der ich im Kapitel 2 erzähle. Während der deutsche Mittelstand und die deutsche Autoindustrie in China Rekordgewinne einfahren, sind in den USA ganze Industrielandstriche verödet. Die Produktion ist nach China gewandert, jetzt ziehen die Menschen hinterher. Weil sie in den USA keine Zukunft für sich sehen, suchen die Ersten ihr Glück in der Fremde. Deutschland sollte Acht geben, angesichts der Herausforderung aus Asien nicht die Fehler der USA zu wiederholen.

Widersprechen Sie, wenn Ihnen jemand sagt, die Chinesen werden unseren technischen Fortschritt noch lange nicht einholen. Dass dem nicht so ist, lesen Sie in Kapitel 1 »Die wandernden Kugelhaufen«. Der größte Gewinner des deutschen Atomausstiegs ist nämlich China. Die Ingenieure des Landes übernahmen eine besonders fortschrittliche Atomtechnologie von den Deutschen und entwickelten sie erfolgreich weiter. Aber auch die »unbekannten Flugobjekte« in Kapitel 4 zeigen, wie schnell die Chinesen technologisch aufholen. Sie bauen bereits eigene Großraumflugzeuge – und wir helfen ihnen dabei. Das bedeutet zwar nicht, dass wir unseren technologischen Vorsprung

ganz verlieren werden. Aber wir werden uns in Zukunft genauer überlegen müssen, welche neuen Produkte wir entwickeln. Und wir müssen unsere Kinder besser ausbilden, damit wir innovativ bleiben. Die Zeit, in der wir uns auf unseren Lorbeeren ausruhen konnten, ist vorbei.

Lassen Sie sich auch nicht auf die Behauptung ein, der Westen sei fair, China unfair. Dass dies ein Trugschluss ist, lässt sich in Kapitel 3 nachlesen. In Ländern wie Afghanistan, Pakistan, dem Iran und dem Irak kämpfen China und der Westen hart um den Zugang zum Öl. Beide Seiten nehmen sich nicht viel, was Doppelmoral und Zynismus betrifft – auch wenn die westliche Öffentlichkeit dies anders bewerten mag. Ein ähnliches Phänomen lässt sich im Umgang mit Tibet feststellen, das im Zentrum von Kapitel 5 steht. Hier wird deutlich, wie nicht nur China, sondern auch Deutschland und die USA mit zweierlei Maß messen. Alle Großmächte tun dies, wenn es in ihrem Interesse ist und sie es sich leisten können. China kann es immer mehr. Amerika immer weniger.

Ein Trend zeichnet sich klar ab: China wird, mit seinen 1,34 Milliarden Menschen noch weiter an Bedeutung gewinnen. Der Westen, Europa und Deutschland werden an Bedeutung verlieren. Darauf müssen wir uns einstellen. Dazu tragen die taktischen Stärken Chinas ebenso bei wie die Fehler, die der Westen unter großem Schuldendruck gegenwärtig begeht. Die wirtschaftliche Macht ist dabei, sich in die Schwellenländer zu verlagern, vor allem nach China. Und zwar viel dramatischer, als wir glauben wollen:⁵ Der Anteil der sieben größten Industrienationen an der weltweiten Wirtschaftsleistung ist in den vergangenen zwanzig Jahren von knapp 65 auf gut 50 Prozent gesunken.

Noch nie zuvor war die Angst vor China so groß und das Selbstbewusstsein der Chinesen so stark. In China ist

aus Sicht der Deutschen, die im Kalten Krieg aufgewachsen sind, etwas Ungeheuerliches passiert. Etwas, das alle gewohnten Denkschemata sprengt. Die Linken in Deutschland sind verstimmt, weil ein kommunistisches Land rabiat kapitalistisch geworden ist und nun auch noch frech behauptet, dies sei »Sozialismus chinesischer Prägung«. Die Wertkonservativen und Marktliberalen stört es, dass eine kommunistische Diktatur seit Jahrzehnten wirtschaftlich so erfolgreich ist. Gleichzeitig geht die schleichende Angst um, der Westen könne die Deutungshoheit über die Frage verlieren, was gut und was schlecht, was richtig und was falsch ist für die Welt.

Am deutlichsten äußert sich die diese Angst vor China angesichts chinesischer Investitionen. Rund 80 Prozent der Deutschen wollen nicht, dass China mehr in Deutschland investiert. »Der Ausverkauf beginnt!«, kommentierte ein User namens Bayuvare auf der Internetseite der »Tagesschau« die Entwicklung: »Nachdem die falschen Propheten der neoliberalen globalen Marktwirtschaft die realen wie die Finanzmärkte ruiniert, Währungen demontiert und Länder an den Rand des Ruins gebracht haben, beginnt jetzt wohl der Ausverkauf. Es wird nicht lange dauern, dann wird Europa nach der chinesisch-kommunistischen Pfeife tanzen.«

Das ist nicht nur übertrieben, sondern falsch. Denn die weltweite Expansion chinesischer Konzerne ist auch eine Chance für Deutschland. Je mehr sich die Unternehmen Chinas und Europas miteinander verzahnen, desto besser lernen sie sich kennen. Je mehr Chinesen mit Deutschen zusammenarbeiten müssen, desto mehr sind sie gezwungen, Kompromisse zu finden. Grundsätzlicher Streit wird unwahrscheinlicher, weil mehr auf dem Spiel steht. Insofern ist die Übernahme des deutschen Computerherstellers und Aldi-Lieferanten Medion durch den chinesischen Lenovo-Konzern im Sommer 2011 gut für uns und

für China. Es ist mit 629 Millionen Euro bisher die mit Abstand größte Investition eines chinesischen Unternehmens in Deutschland. Der Kauf wird rückblickend wohl als Auftakt für eine Reihe spektakulärer Übernahmen in Deutschland stehen. Vor einigen Jahren schon hatte Lenovo die Computersparte von IBM übernommen. Der Kauf von Medion mag kurzfristig einige deutsche Arbeitsplätze kosten. Doch es werden neue entstehen, weil das Unternehmen in Deutschland expandieren wird. Alleine wäre es für Lenovo nicht möglich gewesen, zu einer Weltmarke zu werden. Gleichzeitig wäre es für Medion auf Dauer schwierig geworden zu überleben. Deutschland und China geht es also besser, wenn ihre jeweiligen Unternehmen sich zusammentun.

Nicht ganz so unproblematisch sind die chinesischen Investitionen, wenn es um Euro-Staatsanleihen geht. Als ich neulich mit einem chinesischen Zentralbanker Mittagessen war, wollte er sich eigentlich über die neusten Auf- und Abs der Eurokrise informieren. Doch dann kamen wir auf die Rolle Chinas zu sprechen. »Macht euch nicht so viele Sorgen«, sagte der Mann mit ruhiger, freundlicher Stimme. »Wir Chinesen brauchen den Euro als Gegengewicht zum US-Dollar, deshalb wird der Euro nicht in ernsthafte Schwierigkeiten kommen.« Und tatsächlich: Während der neuen Krisenwelle im August 2011 kritisierten chinesische Politiker fast ausschließlich die USA, während sie Europa Unterstützung zusagten, obwohl Brüssel, aber auch die egoistischen Einzelstaaten allen Grund zur Kritik geliefert haben. Europa sollte zwar dankbar sein, dass die Chinesen an einem stabilen Euro interessiert sind und auch sonst in Währungsfragen nicht zu hastigen Reaktionen neigen. Aber natürlich nimmt die politische Abhängigkeit Europas zu, wenn die Chinesen viel Geld in den Euro investieren. Das haben die Amerikaner Mitte der 1990er Jahre auch schon unterschätzt. Es

sei doch ein gutes Zeichen, wenn die Chinesen uns Geld leihen, befanden sie damals. Schließlich konnte das nichts anderes bedeuten, als dass die Chinesen an die Zukunft Amerikas glaubten. Inzwischen ist China der größte Gläubiger der Amerikaner, das Land ist sozusagen zur »Bank of America« geworden. Und damit kann Peking Washington unter Druck setzen. US-Außenministerin Hillary Clinton fragte angesichts des Machtkampfes zwischen der aufsteigenden und absteigenden Weltmacht bereits: »Wie reden Sie mit Ihrem Banker Tacheles?« Wenn wir die Wahl haben, sollten wir China also eher ermutigen, europäische Unternehmen zu kaufen als Staatsanleihen. Das balanciert die Machtverhältnisse zu unseren Gunsten aus. Und das ist nötig.

Die europäische Schuldenkrise hat die Staatsschulden in der gesamten Euro-Zone innerhalb von drei Jahren um gut 1,8 Billionen Euro in die Höhe katapultiert. Daran ist nicht China schuld, daran sind wir selbst schuld. Wir können nicht weiter über unsere Verhältnisse leben, sondern müssen uns auf ein Wohlstandsniveau einstellen, das realistisch ist. Die Finanzkrise hat nur eine Entwicklung beschleunigt, die uns früher oder später ohnehin eingeholt hätte und die mit der Globalisierung der Wirtschaft zu tun hat: Wir können immer weniger allein entscheiden. Wir werden uns unsere nationale Unabhängigkeit immer weniger leisten können. Das gilt auch für eine Demokratieform, die nur in nationalen Kategorien denkt. Wir haben die Wahl. Wir können uns aus der globalen Arbeitsteilung ausklinken. Dann werden wir die gegenwärtigen Krisen allerdings auf keinen Fall erfolgreich meistern. Oder wir können unser nationales Denken aufgeben und die Demokratie globalisieren. Das bedeutet, wir brauchen stärkere weltweit agierende Institutionen. Die Gipfeltreffen der G20-Länder ist ein richtiger Schritt. Die UN muss mehr Einfluss bekommen und besser funktionieren. Die

Kompetenzen des Internationalen Währungsfonds müssen ausgebaut werden. Niemand – die Amerikaner nicht, die Europäer nicht und auch die Chinesen nicht – darf in der Lage sein, in wichtigen Fragen allein zu entscheiden. Als Voraussetzung dafür muss Europa lernen, enger zusammenzuarbeiten. Und zwar so schnell wie möglich. Auch wenn wir Deutschen dann eine unbedeutendere Rolle spielen, ist das der aussichtsreichere Weg.

In globalen Institutionen, die nicht allein der Rücksichtslosigkeit von Weltmächten gehorchen, sondern auf der Überzeugungskraft von guten Argumenten, Koalitionen und Kompromissen beruhen, haben auch kleinere Länder eine Chance, ihre Position durchzubringen. Je früher wir also diesen Weg einschlagen, desto besser. Das hilft gegen die Angst. Auch gegen die Angst vor China.

Peking, August 2011